



24.07.2014 | Nr. 414/14

Heike Franzen: Warum verbietet Frau Wende den Grundschulern nicht das Tore schießen?

Die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Heike Franzen, hat die Notenabschaffung an Schleswig-Holsteinischen Grundschulen durch Bildungsministerin Professor Waltraud Wende scharf kritisiert:

„Grundschul Kinder brauchen klare und eindeutige Rückmeldungen über ihren Leistungsstand. Dafür sind Noten unverzichtbar“, so Franzen. Niemand behauptete, dass Ziffernnoten objektiv, verlässlich und differenziert seien, betonte die CDU-Abgeordnete mit Bezug auf die Begründung der Ministerin.

„Dafür weiß das Kind durch die Note, wo es steht. Es erhält eine eindeutige, an seiner Leistung im Vergleich zu der anderer Kinder orientierte Rückmeldung. Diese für Kinder wichtige Einordnung der eigenen Leistung fehlt beim Berichtszeugnis“, so Franzen.

Die Behauptung der Ministerin, Noten seien nicht „leistungsmotivierend“, wies Franzen deshalb mit einem Vergleich zurück.

„Bei der WM hat man am Beispiel der Brasilianer und Argentinier gesehen, wie demotivierend Tore sind. Die Ministerin sollte deshalb anordnen, dass im Sportunterricht beim Fußball lediglich Technik, Taktik sowie Kondition vermittelt werden. Darüber erhält jeder Schüler ein individuelles Berichtszeugnis, das Tore schießen wird verboten. Nach Wendes Theorie würden die Kinder sich dann alle viel mehr anstrengen. Ich bin gespannt“, so Franzen

Berichtszeugnisse seien als Ergänzung vor allem für die Eltern wichtig. Diese könnten in Zusammenarbeit mit den Lehrkräften daraus ohne Frage wichtige Erkenntnisse für die Arbeit mit ihrem Kind ableiten. Die CDU-Bildungspolitikerin sagte deshalb voraus, dass gerade Kinder aus bildungsfernen Familien die Leidtragenden der neuesten Wende-Reform sein werden.

„Deren Eltern ziehen aus dem Berichtszeugnis eben nicht gemeinsam mit den Lehrkräften die richtigen Rückschlüsse. Wenn die Notengebung dann einsetzt, können die Kinder den Rückstand nicht mehr aufholen“, so Franzen.

Gleiches gelte für die Abschaffung der Schulartempfehlung in Kombination mit dem Verbot der Schrägversetzung. Darunter würden die armen Kinder überbegeiziger Eltern genauso wie ihre Klassenkameraden leiden.

„Jedes Kind kann unabhängig vom Leistungsstand auf das Gymnasium geschickt werden. Eine Versetzung vom Gymnasium auf die Gemeinschaftsschule geht nur noch in begründeten Einzelfällen. Für die Gymnasien ist das eine Katastrophe. Sie werden damit faktisch zur Gemeinschaftsschule mit schlechterer Personalausstattung. Das ist ideologische Bildungspolitik auf dem Rücken von Kindern und Lehrern“, so Franzen.